

Zeitschriftenschau/Aktuelle Debatten

Gelbe Westen im Zerrspiegel

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat es schwer. Auch nach der „großen Debatte“ und dem Brand von „Notre Dame“, der ihm heroische Auftritte bescherte, schätzen ihn die Franzosen wenig: Einer Umfrage von „Opinion-way“ von Ende April zufolge sind 70 Prozent der Franzosen unzufrieden; nur 27 Prozent sind zufrieden, fünf Prozent weniger als im März. Dies ist der schlechteste Wert seit Beginn seiner Präsidentschaft. Dagegen scheint man sich diesseits des Rheins immer noch für ihn zu begeistern. Das könnte man jedenfalls glauben, wenn man den Artikel von Steffen Vogel in Heft 4/2019 der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ liest, der mit dem „Aufstand der Gelbwesten: Eine rechte Revolte?“¹ abrechnet.

Aufmerksamen Leser/innen der immer noch besten politischen Monatszeitschrift war schon aufgefallen, dass diese sich mit der seit November 2018 das Nachbarland erschütternden Bewegung schwertut. Bis zum April war ein einziger (informativer) Kommentar zu lesen – ungewöhnlich für eine Zeitschrift, die sonst dicht an den politischen Ereignissen ist. Der Artikel des Redaktionsmitglieds Steffen Vogel ist allerdings eine Enttäuschung: Er nutzt die – in jeder breiten Volksbewegung vorhandene – politische Ambivalenz, um die gelben Westen als rechtsradikal abzustempeln. So entsteht ein Zerrbild, das darin gipfelt, die Bewegung, die das große Verdienst hat, die soziale Frage wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatten gebracht zu haben, als Ausdruck eines „Rechtsrucks“ zu qualifizieren (92). Vorliegende empirische Analysen des sozialen und politischen Profils der Akteure ignoriert der Autor weitgehend. Eine der jüngsten, das „Baromètre des Territoires 2019“ vom 21. März 2019, schlussfolgert: „Die Daten ... zeigen, dass die Meinungen der „gilets jaunes“ weder „atypisch“ sind noch besonders abweichend vom Blick, den heute eine Mehrheit der Franzosen auf unsere Gesellschaft hat, seine Ungerechtigkeiten und seine Unfähigkeit, das republikanische Versprechen von Gleichheit und sozialem Aufstieg einzuhalten.“² Hierin liegt die „Abwendung vom republikanischen Konsens“, nicht in den Protesten der „Gilets Jaunes“ (86).

Der Autor sammelt einseitig – meist anekdotische – Belege, die für rechte Einstellungen bei Akteuren der „gelben Westen“ sprechen: Diese gibt es natürlich. Erwähnt wird nicht, dass migrationsbezogene Fragen in der Bewegung insgesamt eine geringe Rolle spielen, obwohl dies gut belegt ist.³ Dem Autor ist auch nicht aufgefallen, dass Macron seit seiner ersten Reaktion am 10. Dezember 2018 ver-

¹ Steffen Vogel, Der Aufstand der Gelbwesten: Eine rechte Revolte? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/19, S. 85-92

² Elabe, Institut Montaigne, La France en Morceaux. Baromètre des Territoires 2019, Les « gilets jaunes » : la partie émergée de la crise sociale française.

³ Vgl. Jörg Goldberg, Jupiter in Not – der Aufstand der gelben Westen, www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de, aktuelle Kommentare. In der Befragung von Elabe wird die Immigration als Problem nur von 27 Prozent der Befragten erwähnt.

sucht, das Thema der ‚französischen Identität‘ und der Migration gegen die sozialen Forderungen der gelben Westen in Stellung zu bringen. Es war Macrons Innenminister Castaner, der – zum Entsetzen der europäischen Listenführerin Nathalie Loiseau von „La République en Marche“ – behauptete, die mit der Rettung von Flüchtlingen befassten Organisationen seien „Komplizen“ der Schlepperbanden. Es ist Macron und seine Regierung, die – um von den aufgeworfenen sozialen Fragen abzulenken – im Trüben der Ausländerfeindlichkeit fischt.

Die Tatsache, dass die gelben Westen sich nicht in politische Strukturen einordnen, heißt nicht, dass sie – wie Vogel behauptet – „jedwede Form der Repräsentation grundsätzlich“ ablehnen (88). Weder erwähnt er deren Forderungen nach Veränderung des Wahlsystems noch die Debatten um Volksabstimmungen (Referendum d’Initiative Citoyenne – RIC).

Völlig irreführend Vogels Behauptung, die Erstarkung des Rassemblement National (RN) Le Pens sei Folge der Gelbwestenbewegung (91): Dass die Linke schwächelt, ist selbstverschuldet. Sie hat sich in großen Teilen schwer getan, die Bewegung richtig einzuschätzen, was auch für die Gewerkschaften gilt. Abschreckend ist das zerstrittene Bild, das sie seit längerer Zeit abgibt. Während Macron – trotz taktischer Winkelzüge – an seinem neoliberalen Programm festhält, gelingt es LePen, sich als soziale Kraft zu präsentieren. Macron mit seiner Oberschichtshaltung und seinem unsozialen Umverteilungsprogramm als Bollwerk gegen den Rechtsruck der französischen Politik zu präsentieren: Das geht an der Realität vorbei. Angesichts der Schwäche der Linken ist es Macron, der dem RN die Anhänger zutreibt. Als Ehrenrettung für die Zeitschrift sei erwähnt, dass sich im Maiheft eine klare Gegenposition zu Steffen Vogel findet.

Jörg Goldberg

„Widerspruch“: Revolution, bairisch, rätedemokratisch

Die in München erscheinende Zeitschrift „*Widerspruch*“ erinnert in einem Schwerpunktheft zur Bayrischen Räterepublik¹: „Lange Zeit galt die Räterepublik Bayern, die am 7. April 1919 proklamiert und am 1. Mai niedergeschlagen wurde, den Historikern als ein von Schwabinger Literaten und Schöngeistern angeführter Exzess oder als eine Kuriosität der Umbruchzeit nach dem 1. Weltkrieg. Man zog die großen staatspolitischen Linien von der Monarchie im zweiten deutschen Kaiserreich zum parlamentarischen System der Weimarer Republik, auf denen eine Republik der Räte keinen Platz hatte. Unter diesen Linien ist die Erinnerung an die Rätezeit unter dem Schleier des Nichtwissens abhandeln gekommen.“ (9) Das hat sich geändert. Viele Menschen wollen es genauer wissen. „Dieses erwachte Interesse an der Räterepublik kommt nicht von Ungefähr. Spiegelt sich in ihm doch das wachsende Unbehagen am parlamentarischen System wider, das sich in der verbreiteten Verdrossenheit an den Parteien

¹ *Widerspruch*: Münchner Zeitschrift für Philosophie, H. 67 (2019): Räterepublik in Bayern, 178 S., Einzelheft 12,00 Euro. Bezug: www.widerspruch.com.

und in den vielen Wutattacken auf die abgehobenen ökonomischen wie politischen Eliten artikuliert, und das zwangsläufig die Suche nach einer ‚anderen Republik‘, nach einer alternativen politischen Ordnung initiiert, als die sich die Räterepublik ausdrücklich verstand.“ (9/10)

Einleitend werden wichtige Köpfe der bayrischen Politik jener Jahre vorgestellt, die nach Ansicht der Redakteure von „Widerspruch“, die auch die Verfasser dieser Porträts sind, wichtige Beiträge für die damaligen Ereignisse geleistet haben. In einer Reihe von Fällen spielten sie auch für die intellektuelle Untermauerung der revolutionären Ereignisse eine wesentliche Rolle. Diese durchweg männlichen philosophisch-politischen Profile etwa von Max Weber, einem Verfechter der Kriegsverlängerung und Gegenspieler der Revolution, Kurt Eisner, dem ersten Ministerpräsidenten nach der Revolution, den anarchistischen Intellektuellen Gustav Landauer, Erich Mühsam, Ernst Toller, aber auch Ret Marut (bekannter als B. Traven), belegen die Schwierigkeit, große Ideen mit praktischer Politik zu verbinden.

Mit Otto Neurath wird der Wirtschaftsfachmann der Revolutionsregierung porträtiert, der als Vorsitzender des Zentralwirtschaftsamtes ab Ende März 1919 die Sozialisierung verwirklichen sollte. Mit dem Sieg der Konterrevolution wurde er aus dem Amt gejagt und verhaftet. Er überlebte und aus dem Praktiker wurde wieder ein Theoretiker der neuen Wirtschaftsform. Seine Positionen werden in zwei umfangreicheren Artikeln etwas genauer beleuchtet. Daniela Stöppel untersucht Neuraths Naturalrechnung und Bildstatistik aus medientheoretischer Sicht. Hans-Joachim Dahms analysiert Neuraths Wirken im Konflikt mit Max Weber während der Revolutionszeit.

Silvio Gesell durfte mit seinem Freigeld Perspektiven für die erhoffte neue Gesellschaft aufzeigen. Eugen Leviné, ein Fremder in Bayern, aber begnadeter Redner und Organisator, wurde als Revolutionsführer Opfer staatlich legitimierten, juristisch verbrämten Mordes. Die Räterepublik ging blutig im Feuer der Freikorps und Bürgerwehren unter. Nicht immer sind die Auswahlkriterien der genannten Personen einsichtig, es fehlen nicht zuletzt die MSPD-Gegenspieler der Revolution. Letztlich stehen diese verdienstvollen Porträts doch nur nebeneinander, ohne die Schwierigkeiten des Ringens um eine neue Gesellschaft immer verständlich zu machen.

Einen dritten eigenständigen Artikel, der die Grundidee des Heftes aufnimmt, den Rätegedanken, legt Ingrid Scherf vor. Die Kuratorin der Ausstellung „Revolutionär und Ministerpräsident – Kurt Eisner 1867-1919“ im Münchner Stadtmuseum plädiert leidenschaftlich für die Räteidee. Allerdings unternimmt sie das in milderer Form als der von ihr besprochene Eisner mit seiner Position zu den Räten als Schulen der Demokratie. Sie erinnert zu Recht an die zentrale Rolle der Räte in den Revolutionszeiten bis 1920 und beklagt, dass in der bundesdeutschen Sozialpartnerschaft dieses wichtige Instrument untergegangen ist. Sie vermisst ebenso den politischen Massenstreik, auf den, wie sie meint, in der BRD gesetzlich verzichtet wurde. Dem wäre entgegenzuhalten, dass dies allerdings nur gilt, wenn sich Gewerkschaften und Strei-

kende dem vorherrschenden, aber nicht zwingenden Rechtsverständnis unterwerfen. Sie hat allerdings Recht, dass so „bis heute für den Frieden nicht gestreikt, ... keine Betriebe besetzt werden (können). Die Stärke der Demokratie, sagte Bundespräsident Steinmeier in seiner Ansprache für 2019, sei der Kompromiss. Den Kompromiss machen die Beschäftigten, immer. Vor diesem Hintergrund“, so Scherf, „sollte an die Gründung von autonomen Räten gedacht werden, an die Selbstorganisation der Beschäftigten wie der Arbeitslosen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das schafft Handlungsmacht als Ergänzung zu den Gewerkschaften — ganz im Sinne von Kurt Eisner.“ (88)

Nur Eisner, so schildert sie es selbst, sah die Räte „als die Parlamente – Mehrzahl! – der körperlichen und geistigen Arbeiterinnen, die den Landtag und die Nationalversammlung letztlich entbehrlich machen würden. Sie seien die Organisation der Wählerinnen, die es nicht den Parlamentariern überlassen sollten, was diese ‚Kluges und Törichtes zu tun für sie gut befinden‘. Die Räte sollten sowohl den Vollzug der Gesetze kontrollieren als auch die Durchführung der Verstaatlichung überwachen. Sie sollten in den demokratischen Aufbau des Staates integriert werden, in dem zwar das Parlament die souveräne Gesetzgebungsgewalt behält, allerdings in Abhängigkeit von den in der Verfassung vorgesehenen Volksabstimmungen. Die Organisierung dieser Abstimmungen sollte Sache der Räte sein. (86/87) Die Räte als demokratische Organe und als Machtinstrumente, darum ging es dem Revolutionär Eisner.

Die Aufsätze werden durch einen Rezensionsteil ergänzt.

Stefan Bollinger

Antikapitalismus oder Gleichstellung innerhalb des Kapitalismus?

„Seit einigen Jahren wird in Nordamerika und Europa vermehrt über Identitätspolitik diskutiert – meist in Form von Kritik an Teilen der Linken und ihrer vermeintlichen Fixierung auf die Rechte von Minderheiten“, schreibt *Lorenz Abu Ayyash* im Editorial von *Aus Politik und Zeitgeschichte*.¹ „Der Begriff ‚Identitätspolitik‘ steht zunächst für die Ausrichtung politischen Handelns an Interessen von Menschen, die anhand von Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Herkunft oder sexuelle Orientierung zu einer Gruppe zusammengefasst werden.“ (3) Diese Kategorien implizierten eine „bewusste Grenzziehung“ und „den Ausschluss des ‚Anderen‘“ (ebd.). Im Hinblick auf solche „Gruppen“ betont der Autor lediglich den subjektiven Aspekt ihrer Hervorbringung, nämlich die „bewusste Grenzziehung“; außen vor bleiben objektiv konstatierbare Dimensionen, beispielsweise politische und ökonomische Entwicklungen, die Menschen in eine ähnliche soziale Lage bringen. Vernachlässigt werden ferner die Unterschiede zwischen den „Kategorien“. So bezieht sich der Begriff „Klasse“, wie immer näher definiert, ausschließlich auf gesellschaftliche Phänomene,

¹ *Aus Politik und Zeitgeschichte. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung*. Heft 9-11/2019, 25. Februar 2019 (kostenlos)

während „Geschlecht“ ebenso biologische wie soziale Konnotationen beinhaltet. Die Rede vom „Ausschluss“ ist mehrdeutig. Die Zugehörigkeit zu mehreren Kategorien kann sich logisch ausschließen; so kann man nicht zugleich volljährig und minderjährig sein. Davon grundsätzlich zu unterscheiden ist praktischer Ausschluss, der z.B. vorliegt, wenn Geflüchtete nur eingeschränkt Zugang zu medizinischen Leistungen haben oder behinderten Kindern der Besuch einer Regelschule verwehrt wird. Wieder anders liegen die Dinge im Fall der „Klasse“: Es ist zwar theoretisch möglich, aber sehr unwahrscheinlich, dass jemand gleichzeitig Arbeiterin und Eigentümerin eines Unternehmens ist. Nach marxistischer Auffassung ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit primär nicht durch Ausschluss, sondern durch Ausbeutung charakterisiert. Ausbeutung setzt dabei allerdings voraus, dass die lohnabhängige Klasse historisch vom Eigentum an Produktionsmitteln ‚ausgeschlossen‘ wurde – ein Umstand, von dem in der vorliegenden *APuZ*-Ausgabe – wie auch sonst in Diskussionen um Identitätspolitik – keine Rede ist. Indes schloss die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts Produktionsmittelbesitzer, die sich für die Abschaffung des privaten Produktionsmittelbesitzes engagierten, keineswegs aus ihren Reihen aus; Friedrich Engels ist ein prominentes Beispiel. Wenn Abu Ayyash „bewusste Grenzziehung“ zu einem zentralen Merkmal von Identitätspolitik erklärt, dann abstrahiert er damit von Unterschieden zwischen linken und rechten Positionen sowie zwischen Identitätspolitik und „Populismus“.

Weiter hinten im Heft finden sich die eher analytisch gehaltenen Beiträge; es empfiehlt sich, mit diesen die Lektüre zu beginnen. Die interessanteste These im Heft vertritt *Aladin El-Mafaalani*. Er postuliert ein Integrations- bzw. Diskriminierungsparadox: Erfolgreiche Integration führe zu Konflikten, wie etwa der „Kopftuchstreit“, der sich 1998 nicht am Beispiel muslimischer Putzkräfte entzündet habe, sondern an dem einer Lehrerin, die mit Kopfbedeckung unterrichten wollte. Minderheiten verträten selbstbewusster ihre Interessen und beanspruchten „ein Stück vom Kuchen“ (41). „Die Teilhabechancen verbessern sich und gleichzeitig wird viel mehr über Diskriminierung (...) diskutiert als vorher – und zwar nicht *obwohl*, sondern *weil* sich die Situation verbessert hat.“ (42) Die Realität bleibe nämlich hinter den gestiegenen Erwartungen zurück. Der Autor illustriert dies an einem weiteren Beispiel. „Frauen haben bessere Teilhabechancen als etwa Menschen mit Behinderung, Frauen fühlen sich aber häufiger diskriminiert als Menschen mit Behinderung.“ (43) Leider führt der Autor zu diesem Beispiel keine Daten an, in anderen Fällen verweist er aber auf empirische Studien. Seine These vom Diskriminierungsparadox ist plausibel. Sie erklärt, warum die Politik der Antidiskriminierung und Gleichstellung seit einigen Jahren Gegenstand von kontroversen Debatten und Gesetzgebungsverfahren ist, ohne dass antikapitalistische Positionen dabei eine wesentliche Rolle spielen. Um im Bild des Autors zu bleiben: Die Mehrzahl der Menschen, um deren Interessen es geht, will – und das ist nachvollziehbar – ein Stück vom Kuchen, aber nicht die Bäckerei enteignen und in eigener Regie organisieren. Insbesondere viele Angehörige der Mittelschichten nehmen nicht den Kapitalismus als Skandal wahr, sondern den Umstand, dass das kapitalistische Versprechen auf „Chan-

cengleichheit“ nicht für alle erfüllt wird. Das wäre kein Problem, würde linke Politik nicht zunehmend gleichgesetzt mit dem Kampf gegen Diskriminierung.

Philip Manow hinterfragt die verbreitete Auffassung, der zufolge Rechtspopulismus ein kulturelles Syndrom von Globalisierungsverlierern sei. Dagegen spreche, dass im Süden Europas linke Parteien einflussreicher seien, während in Nordeuropa in stärkerem Maße rechte Kräfte Zuspruch erhielten. Der „Globalisierungsschock“ zeige sich in den exportorientierten Wohlfahrtsstaaten des Nordens eher als Immigration, im eher importabhängigen Süden mit weniger großzügigem Sozialstaat als grenzüberschreitender Warenverkehr. Zwar geht der Autor auch auf regionale Unterschiede innerhalb der Nationalstaaten ein, etwa mit Blick auf Italien und Großbritannien, insgesamt müsste sein Ansatz aber weiter differenziert werden. Eher unterbelichtet bleiben die rechtsradikalen Kräfte im Süden einerseits und das Agieren der herrschenden Klassen andererseits.

Die politisch-ökonomischen Ursachen für den Aufstieg des Rechtspopulismus in den USA betont *Jan-Werner Müller*, er stellt sie aber nur unzureichend dar und nennt lediglich den Stopp des sozialen Wohnungsbaus, die Deregulierung der Luftfahrtindustrie und den Niedergang der so genannten *community banks*, deren Geschäfte sich auf die Region und die breite Bevölkerung konzentrieren. „Damit soll nicht behauptet werden, alle Konflikte ließen sich immer auf etwas Materielles reduzieren. Aber die Tendenz (...), Identitäten als nicht hintergehbare Konfliktgründe auszumachen, überwiegt heute – und führt in die Irre. (...) Man macht die Arbeit für die Populisten, wenn man ihre kulturalisierten Problembeschreibungen unkritisch übernimmt.“ (23) Bei Bewegungen wie „Black Lives Matter“ und „MeToo“ gehe es nicht primär um „Diversität“, sondern darum, den „liberal-demokratischen Staat an sein Versprechen zu erinnern, möglichst allen ungefähr gleiche Chancen zu bieten“ (24).

Silke van Dyk postuliert, Rechte und Linke – unter anderem „linkssozialdemokratische, marxistische und klassenpolitische Protagonist*innen“ (26) – bildeten eine „große Koalition‘ der Anti-Identitätspolitik“ (25). Sie kritisiert einen „real existierenden Universalismus als Produkt partikularer Interessen (...)“, gebunden an die mit weißer Männlichkeit verbundenen Privilegien“ (28). Zustimmend zitiert sie Lea Sussemichel und Jens Kastner, denen zufolge Kritik an Identitätspolitik „oft von weißen Männern geäußert“ werde, die „gegenüber den Erfahrungen anderer ignorant“ seien (29). Von Hautfarbe, Geschlecht und statistisch wahrscheinlichen Lebenslagen unmittelbar auf Individuen zu schließen und mit Blick auf diese Merkmale deren Argumente zu bewerten, gilt gemeinhin für rassistisch und sexistisch. Solche Kurzschlüsse und Bewertungen scheinen aber zunehmend akzeptiert zu werden, wenn sie die vermeintlich Richtigen treffen. Damit sie halbwegs plausibel klingen, muss van Dyk zahlreiche Linke ignorieren, die keine weißen Männer sind, aber Identitätspolitik in ähnlicher Weise hinterfragen. Die „größte Gefahr für eine Alternative zur Neuen Rechten“ bestehe darin, dass „die Pole Klasse und Nation (...) in Gestalt eines linksnationalistischen (...) Elite-Volk-Dualismus wie-

der auferstehen“ (32). Diese eigenwillige Sichtweise wirft die Frage auf, ob „Nation“ und „Klasse“ – als gesellschaftliche Realität und als Begriffe – jemals „tot“ waren und von wem diese imaginäre „größte Gefahr“ ausgehen soll. Zum Schluss plädiert die Autorin für „klassenübergreifende Bündnisse gegen (...) Ausschlüsse und Diskriminierungen“ (ebd.). Es scheint ihr nicht in den Sinn zu kommen, dass kapitalistische Verhältnisse die wesentliche Ursache von Diskriminierung und deshalb Klassenkämpfe notwendig sein könnten.

„Klassenpolitiken“ seien „immer auch Identitätspolitik“, behaupten *Kastner* und *Susemichel* und meinen damit, Friedrich Engels zitierend, eine „Umwälzung in den Köpfen der Arbeitermassen“ (12). Weitgehend ausgeklammert bleiben die strukturellen Charakteristika kapitalistischer Verhältnisse sowie das Handeln der herrschenden Klassen. Statt auf Interessen wird einseitig auf Gefühle verwiesen: „Arbeiterinnen fühlen sich vom bürgerlichen (...) Feminismus ausgeschlossen (...) und Trans-Frauen fühlen sich von Cis-Frauen ausgegrenzt“; und wie die „Sozialistinnen fühlten sich (...) Schwarze Frauen oft vom Chauvinismus der von Männern dominierten politischen Organisationen abgestoßen“ (15). In einem Beitrag für den *Deutschlandfunk* entwerfen *Kastner* und *Susemichel* ein äußerst fragwürdiges Bild von der Geschichte der Arbeiterbewegung. Bereits „die Sozialisten der ersten Stunde“ hätten „verlangt, dass die Genossinnen doch bitte mit ihrem feministischen Gejammer aufhören und die Reihen schließen sollten.“² Die These ist gängig, aber falsch. Friedrich Engels, August Bebel und das Erfurter Programm der SPD von 1891 räumten der Frauenemanzipation einen zentralen Platz in Theorie und Politik ein. Der Internationale Frauentag ist eine Errungenschaft der proletarischen Frauenbewegung. Die sowjetische Revolutionsregierung terminierte den Tag auf den 8. März in Erinnerung an eine Demonstration im Jahr 1917. Als Volkskommissarin für Soziale Fürsorge im Kabinett Lenin war Alexandra Kollontai die erste Ministerin der Welt. Wer nur für Chancengleichheit innerhalb kapitalistischer Verhältnisse eintritt, statt diese Verhältnisse selbst zu kritisieren, gibt jene Positionen auf, durch die sich antikapitalistische Linke von Linksliberalen unterscheiden.

Im ersten Beitrag des *APuZ*-Heftes fordert der *FAZ*-Redakteur *Simon Strauß*, Identitätspolitik durch eine „bürgerliche Bekenntniskultur“ und ein „republikanisches Wir“ (*Carolin Emcke*) zu ersetzen. Einerseits will er eine Orientierung an einem nicht näher qualifizierten „Gemeinwohl“, andererseits soll der Staat es Menschen ermöglichen, „auf eigene Faust zu handeln“ (9). Als Ideal gilt ihm das antike Rom. Es handele sich zwar um eine patriarchalische Sklavenhaltergesellschaft, aber „in einer modernisierten, rechtlich erweiterten Form“ könne deren „Bürgerbegriff (...) durchaus wieder von Nutzen sein“ (8). Ein Kommentar hierzu erübrigt sich.

Michael Zander

² DLF, 10.2.2019, https://www.deutschlandfunk.de/linke-identitaetspolitik-partikularinteressen-versus.1184.de.html?dram:article_id=438586